

„Großunterkünfte auflösen“

MONTAGSINTERVIEW Gesundheitsexperte fordert besseren Schutz benachteiligter Gruppen

VON KATJA RUDOLPH

Kassel – Der sprunghafte Anstieg der Coronainfektionen hat Kassel zum Risikogebiet gemacht. Der Kasseler Gesundheitswissenschaftler Prof. Dr. Alfons Holleder mahnt einen besseren Schutz für benachteiligte Gruppen an und fordert die Auflösung von Großunterkünften wie der Erstaufnahme für Flüchtlinge in Niederzwehren.

Lange wurde von der zweiten Welle geredet. Was sie in dieser Heftigkeit zu erwarten?

Ja, damit war zu rechnen. In Kassel kommt die Pandemie jetzt erst so richtig an. Bisher hatte Kassel Glück aufgrund der Lage in der Mitte Deutschlands. Die Corona-Pandemie hat sich ja vor allem von Süden und von Westen her ausgebreitet. Zusätzlich hat der ländliche Raum um Kassel herum gewissermaßen wie ein Schutzgürtel gewirkt. Vielleicht haben viele Menschen in der Region das Thema noch gar nicht richtig ernst genommen. Aber jetzt ist die Pandemie mit aller Macht da, verstärkt durch den saisonalen Effekt, dass die Menschen sich wieder mehr in Innenräumen aufhalten.

Sind die Krankenhäuser vorbereitet?

Die Stadt Kassel hat eine ausgezeichnete Krankenhausstruktur. Generell hat Deutschland pro Kopf die höchste Zahl an Intensivbetten in Europa. Das ist auch einer der Gründe, warum wir weniger Tote hatten als beispielsweise Italien. Im Krankenhausbereich ist Deutschland sehr gut vorbereitet auf die Situation. Im ambulanten Bereich, also in Praxen und bei Pflegediensten, wurde inzwischen nachgebessert, was die Ausstattung mit Schutzkleidung, Masken und Testkits betrifft. Im öffentlichen Gesundheitsdienst ist Deutschland allerdings klar unterausgestattet. Hier rächt sich nun, dass in den vergangenen 20 Jahren massiv gespart wurde. Inzwischen sind alle Gesundheitsämter verstärkt worden. Das war überfällig.

Also zeigt Corona auch die Schwachstellen unseres Gesundheitssystems?

Absolut, wir sind auch in einer Gesundheitskrise. Die Corona-Pandemie schärft den Blick dafür, was wirklich wichtig ist. Stichwort: Systemrelevanz. Fußball zum Beispiel ist ganz klar weniger wichtig. Die Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen sowie der gesamte Bildungsbereich haben jetzt



Erhöhtes Infektionsrisiko: Statt größerer Flüchtlingsunterkünfte sollten dezentrale Wohnformen angeboten werden. Unser Archivbild vom Juni zeigt eine Gemeinschaftsunterkunft in Eschwege.

ARCHIVFOTO: MAURICE MORTHINH

Priorität. Besonders im Blick haben müssen wir Alten- und Pflegeeinrichtungen, Obdachlosenunterkünfte, Flüchtlingsheime und Justizvollzugsanstalten. In diesen Einrichtungen, die unter besonderer infektionshygienischer Überwachung durch das Gesundheitsamt stehen, wurden deutschlandweit bisher mehr als 33 000 Covid-19-Fälle mit fast 4000 Verstorbenen gemeldet. Hier braucht es besondere Vorsichtsmaßnahmen für die Bewohner, aber auch die Beschäftigten. Das zeigt auch der Fall der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Niederzwehren.

Was könnten das konkret für Maßnahmen sein?

Die Hälfte der Asylbewerber in Deutschland lebt in solchen Aufnahmeeinrichtungen oder Gemeinschaftsunterkünften. Wo sich viele Menschen Küchen, Sanitäranlagen und enge Zimmer teilen müssen, ist das Infektionsrisiko deutlich erhöht. Eine Kollektiv-Quarantäne im Infektionsfall führt zu einem gesteigerten Ausbreitungsrisiko innerhalb der Bewohnerchaft in solchen Großunterkünften. Es wäre wesentlich besser, diese Menschen schnell in dezentrale, kleinere Unterbringungsformen und insbesondere menschen-

gerechtere Einzelwohnungen zu überführen.

Und in Altersheimen?

Da geht es vor allem darum, zu verhindern, dass das Virus eingeschleppt wird. In jedem Fall braucht es mehr Schnelltests für Bewohner, Personal und Besucher in den Pflegeheimen. Alte Menschen sind besonders schutzbedürftig. 86 Prozent der an Covid-19 Verstorbenen in Deutschland waren 70 Jahre oder älter. Das Problem dieser Pandemie ist, dass wir bislang weder eine gezielte Arzneimittel-Therapie noch einen Impfstoff zur Verfügung haben. Es gilt also, die Ansteckungsraten möglichst gering zu halten und Zeit zu gewinnen.

Damit sind wir wieder bei den Gesundheitsämtern.

Die Ermittlung von Kontaktpersonen ist sehr aufwändig. Ist das noch zu stemmen bei den aktuell hohen Infektionszahlen?

Die Nachverfolgung von Kontaktpersonen – und gegebenenfalls ihre Isolierung – ist eine wichtige Komponente, um das Infektionsgeschehen einzudämmen. Wir leisten uns milliardenschwere Corona-Rettungsschirme, dagegen sind die Investitionen in das nötige Personal in den Gesundheitsämtern relativ gering. Das ist eine Achilles-

ferse! Und wenn der Gesundheitsschutz besser funktioniert, werden sich auch die Wirtschaft, der Arbeitsmarkt und das soziale und kulturelle Leben schnell wieder erholen.

Die Frage ist aber zunehmend, ob die Menschen sich auch an die Vorgaben und Regeln halten. Was kann man tun, damit die Bevölkerung mitzieht?

Not lehrt Tugend, kann man da nur sagen. Ein Grund für den aktuellen Anstieg ist, dass es manchen Menschen an Disziplin und Solidarität mangelt. Deshalb braucht es auch mehr soziale Kontrolle. Man sollte im Privaten andere ruhig freundlich aber bestimmt auffordern, sich an die Regeln zu halten. Staatlicherseits kann die Sanktionierung von vorsätzlichen Verstößen mit Geldbußen ein Weg sein. Das Wichtigste bleibt jedoch die Aufklärung durch die Behörden und die Medien. Es sind ja ganz einfache Maßnahmen, die zu befolgen sind: Abstand halten, Hände waschen, Alltagsmasken tragen und lüften.

Glauben Sie, dass ein zweiter Lockdown kommen wird?

Ob es dazu kommt, kann jeder Einzelne mit beeinflussen. Für einen bundesweiten

Lockdown sehe ich momentan keine Notwendigkeit. Generell braucht es eher regionalspezifische Antworten, je nach Infektionsgeschehen und den örtlichen Gegebenheiten. Ich vermute, dass die Entwicklung der Pandemie sich weiter verschärfen wird und es möglicherweise erst im Frühjahr Licht am Ende des Tunnels gibt. Deshalb ist jetzt der Zeitpunkt, an dem es auf alle ankommt. Das Argument, dass ein Lockdown die Wirtschaft zu sehr schwächen würde, teile ich übrigens nicht. Denn wenn die Pandemie in voller Härte zuschlägt, geht die Wirtschaft auch ohne Lockdown in die Knie.

Welche gesellschaftlichen Folgen wird die Pandemie längerfristig haben?

Jede Pandemie prägt ihre Zeit. So werden neue Arbeitsformen wie Homeoffice sicher auch nach Corona etabliert sein. Und ich hoffe, dass die Politik künftig vorausschauender handelt und das öffentliche Gesundheitswesen stärkt, denn die nächste Pandemie kommt bestimmt. Ich befürchte aber auch, dass die soziale Schere durch Corona noch weiter auseinandergehen wird.

Was meinen Sie damit?

Von vielen Erkrankungen,

auch Infektionskrankheiten, sind verschiedene Gesellschaftsgruppen unterschiedlich stark betroffen. Gesundheit ist sozial ungleich verteilt. Wer sozial benachteiligt ist, lebt in der Regel nicht nur in beengteren Wohnverhältnissen und hat weniger finanzielle Mittel, sondern hat mit höherer Wahrscheinlichkeit auch Vorerkrankungen. So deutet die Studienlage darauf hin, dass sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen auch ein höheres Risiko haben, an Corona zu erkranken und dabei häufiger schwere Krankheitsverläufe zu erleiden. Das hängt auch mit den Arbeitsbedingungen zusammen: Akademiker haben es in der Regel leichter, im Homeoffice zu arbeiten als Facharbeiter oder ungelernete Arbeitskräfte. Umso mehr braucht es besondere Hilfen für benachteiligte Gruppen.

Wer sind die am stärksten Leidtragenden?

Vor allem Obdachlose – nicht nur, weil Obdachlosigkeit und Quarantäne ein Widerspruch in sich sind. Sie haben oft keine Krankenversicherung und viele Gesundheitsprobleme. Zusätzlich brechen pandemiebedingt viele Anlaufstellen und ehrenamtliche Angebote weg. Aber auch für Kinder und Jugendliche müsste mehr getan werden. Bewegung, das Treffen von Gleichaltrigen und vor allem Bildung sind enorm wichtig für ihre Entwicklung. Mit Schul- und Kita-Schließungen macht es sich unsere Gesellschaft mitunter zu leicht. Hier brauchen wir klare Prioritäten und weniger Lobbyismus.

ZUR PERSON



Prof. Dr. Alfons Holleder (54) hat seit 2019 einen Lehrstuhl für „Theorie und Empirie des Gesundheitswesens“ an der Universität Kassel inne. Der Sozialpädagoge und Gesundheitswissenschaftler war zuvor unter anderem als Medizinaldirektor am Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit sowie am Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit NRW tätig. Holleder ist verheiratet und hat zwei Kinder. Die Familie lebt in Nürnberg. Holleder hat einen zweiten Wohnsitz in Kassel.

rud

FOTO: KATJA RUDOLPH

Kassel startete mit Gewerbesteuer-Plus ins Jahr

Nach gutem ersten Quartal zeichnet sich jedoch bereits Corona-Einbruch ab

Kassel – Die Stadt Kassel hat im ersten Quartal 2020 rund 39,7 Millionen Euro an Gewerbesteuern eingenommen – und damit rund zwei Millionen Euro mehr als im Vorjahreszeitraum. Das hat Oberbürgermeister Christian Geselle jetzt im Finanzausschuss bekannt gegeben. Nach seinen Angaben wirkt

sich die Corona-Pandemie allerdings gleich danach aus. So verzeichnet die Stadt im zweiten Quartal eine Gewerbesteuereinnahme von rund 39 Millionen Euro, im Vorjahreszeitraum waren es noch 43,1 Millionen gewesen.

Über die Steuerentwicklung berichtete der OB und Kämmerer auf Anfrage der

Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten.

Diese wollte auch wissen, wie sich die Situation bei den städtischen Eigenbetrieben darstellt. Die haben laut Geselle im ersten Halbjahr rund 18 Millionen Euro an Gebühren und Entgelten eingenommen, im Vorjahreszeitraum seien es etwa 28,7 Millionen

gewesen. Ein großer Teil dieser Differenz habe jedoch nichts mit der Pandemie zu tun, sondern mit den verspätet verschickten Bescheiden für die neuen Wassergebühren. Bis Ende Juli seien nun aber alle Bescheide verschickt worden, betonte Geselle auf Nachfrage der CDU-Fraktion. 52 Widersprüche

seien von Gebührenpflichtigen gegen die Bescheide eingelegt worden.

Nach wie vor geht Geselle von einer deutlichen finanziellen Delle für die Stadt Kassel durch die Pandemie aus. Im Ausschuss verwies er auf den Entwurf des Nachtrags Haushalts für das Jahr 2020. Im Vergleich zum Dezember

2019 seien ein um 28 Millionen Euro verringerter Gewerbesteuerertrag sowie Rückgänge bei Einkommensteuer und Umsatzsteuer in Höhe von sieben Millionen Euro zu erwarten. Die Ausfälle könnten durch die Bundes- und Landeshilfen in Höhe von 23 Millionen Euro nur teilweise kompensiert werden.

aha